

Verfassungsdebatte in der Entscheidungsphase

Eine Chronologie

2. Oktober 1980 Premierminister Pierre Elliott Trudeau legt dem Unterhaus in Ottawa eine „Resolution“ zur Verfassungsneuordnung Kanadas vor.

23. Oktober 1980 Das Unterhaus stimmt – nach vieltägiger Debatte – einer Überweisung der „Resolution“ an einen gemeinsamen Ausschuß aus Unterhaus- und Senatsmitgliedern zwecks Anhörung interessierter Bürger und Körperschaften zu.

13. Februar 1981 Der Unterhaus- und Senatsausschuß legt einen revidierten Text der „Resolution“ nach Anhörung von 914 Bürgern und 294 Körperschaften und detaillierten Debatten in insgesamt 106 Sitzungen an 56 Sitzungstagen vor.

Die Entschließung hat die Form einer von beiden Häusern des kanadischen Parlaments an die Krone zu richtenden Adresse „betreffend die Verfassung Kanadas“.

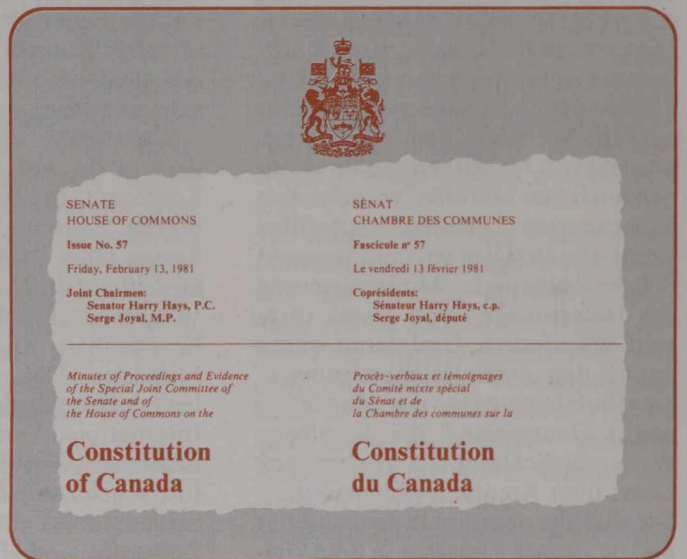
Zugleich beschäftigen sich Appellationsgerichtshöfe in den Provinzen Manitoba, Neufundland und Québec mit Anfechtungsverfahren verschiedener Provinzregierungen, die Bedenken gegen das von der Bundesregierung in Ottawa eingeschlagene Verfahren haben.

Während ein Appellationsgericht in Manitoba den Anruf der Provinzregierungen mehrheitlich verwirft, entscheidet der Appellationsgerichtshof von Neufundland im Sinne der von acht Provinzregierungen vorgebrachten Bedenken. Eine Abwägung durch richterliche Instanz in der Provinz Québec steht bevor.

3. April 1981 Premierminister Pierre Elliott Trudeau geht weiter von einem Abschluß des Verfassungsverfahrens, einschließlich der notwendigen Behandlungen durch das britische Parlament vor dem 1. Juli 1981, dem kanadischen Nationalfeiertag, aus.

Bei Redaktionsschluß war der Prozeß der parlamentarischen Behandlung des in Entschließungsform vorliegenden Verfassungsentwurfs in vollem Gange. Gleichzeitig war, für den 16. April, ein weiterer Versuch einer einvernehmlichen Lösung anstehender Fragen zwischen Bundesregierung und einigen Provinzregierungen auf Regierungsebene ins Auge gefaßt. Davon unabhängig beginnt Kanadas Oberster Gerichtshof (The Supreme Court of Canada) am

28. April 1981 Anhörungen zur Überprüfung der von einigen Provinzregierungen geltend gemachten Bedenken bezüglich des von der Bundesregierung angestrebten Verfahrens der Verfassungs-Überführung nach Kanada.



Provinzwahlen in Ontario und Québec

Der Wähler hat gesprochen

Mehr als die Hälfte aller wahlberechtigten Kanadier war Mitte März respektive Mitte April zur Neufestsetzung parlamentarischer Mehrheitsverhältnisse in den wirtschaftsstarken Zentralprovinzen Ontario und Québec aufgerufen.

Während sich in Ontario am 19. März die dort seit 38 Jahren ununterbrochen regierende Konservative Partei, nach etlichen Jahren als Minderheitsregierung, jetzt wieder mit einer absoluten Mehrheit behaupten konnte, vermochte sich

auch in Québec am 13. April die Parti Québécois unter Ministerpräsident René Lévesque deutlich im Amt zu behaupten.

In Ontario verfügt Ministerpräsident William Davis – der einen lebhaften Wahlkampf unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten führte – jetzt über ausreichende parlamentarische Unterstützung, um

seine von der Provinzbevölkerung deutlich bestätigte Politik wirtschaftlicher Strukturveränderung durchzusetzen.

Premier Lévesque will sein neues Mandat ebenfalls zur Durchsetzung wirtschaftlicher Ausbaupläne nutzen. Eine Neuaufgabe aktiver Separatismusbestrebungen steht dabei für ihn nicht zur Debatte.

	1981	(1977)	1981	(1977)
ONTARIO 19. März 1981				
Fortschrittlich Konservative	70	(58) Sitze	44,3	(39,7) Prozent
Liberale	34	(34) Sitze	33,5	(31,5) Prozent
Neue Demokraten	21	(33) Sitze	21,5	(28,0) Prozent
Sonstige	0	(0) Sitze	0,7	(0,6) Prozent
QUÉBEC 13. April 1981				
Parti Québécois	80	(71) Sitze	49	(41) Prozent
Liberale	42	(26) Sitze	46	(34) Prozent
Union Nationale	0	(11) Sitze	4	(18) Prozent
Sonstige	0	(2) Sitze	1	(7) Prozent